



Auf der WTO-Konferenz in Cancun kämpft Supachai Panitchpakdi beharrlich und bescheiden für freien Handel – weil er armen Ländern nutzt

FOTO: RADEMACHER

PORTRÄT

Der gerechte Freihändler: Supachai Panitchpakdi leitet die WTO

VON ERNST AUGUST GINTEN

Getöse ist ihm ein Gräuel. Der Generaldirektor der Welthandelsorganisation (WTO) tritt leise auf. Den Kopf zur Seite geneigt, manchmal mit angedeutetem Lächeln, reißt sich Supachai Panitchpakdi nach öffentlichen Auftritten sofort wieder ein in die Riege seiner Mitstreiter. Grelles Scheinwerferlicht erträgt er schwer. Manchmal sieht es so aus, als müsse er sich zwingen, die Hand nicht schützend vor die Augen zu halten.

Dr. Sup, wie er zu Hause in Thailand genannt wird, ist das genaue Gegenteil seines Vorgängers Mike Moore. Wo der Neuseeländer jovial jedem kräftig die Hand schüttelte und mit lautem Organ den freien Welthandel pries, da konzentriert sich der Thai aus Bangkok aufs Dozieren – mal Globalisierung für Anfänger, mal wissenschaftliche Vorlesung. Fast immer aber, wenn er über die Vor- und Nachteile offener Märkte redet, kommt er ohne jede sichtbare Gefühlsregung aus. Bis vor wenigen Wochen musste der 57-Jährige dafür öffentlich Prügel einstecken. Er zeige zu wenig Engagement, müsse mal auf den Tisch hauen. Ihm fehle die Lei-

enschaft, die in Doha gestartete Entwicklungsrunde im Welthandel fristgerecht zu Ende zu bringen. Das ist nicht ganz falsch, aber trotzdem ungerecht.

Denn Leidenschaft ersetzt Supachai durch Beharrlichkeit und taktisches Geschick. Der begeisterte Schachspieler kennt alle Tricks internationaler Verhandlungen und nutzt geschickt die Regeln, nach denen in der WTO die Deals gemacht werden. Er saß von 1986 bis 1993 für Thailand in der so genannten Uruguay-Runde mit am Verhandlungstisch und verfügt über einen seit Jahrzehnten an Weltwirtschaftsfragen trainierten Sachverstand. Schon während seines Studiums in Rotterdam – bei Jan Tinbergen, dem ersten Wirtschaftsnobelpreisträger – beschäftigten ihn Fragen nachhaltiger Entwicklung in der Dritten Welt. Damals liebäugelte er auch noch mit einer Karriere als Schachspieler, traute sich dann aber nicht. In den siebziger Jahren arbeitete Supachai bei Thailands Zentralbank, ging bald ins Finanzministerium, wurde Präsident der Thai Military Bank, des Finanzarms der mächtigen Armee. Später war er Vizepremier und nach Be-

ginn der asiatischen Finanzkrise 1997 Handelsminister – ein Querdenker, den die eigene Regierung immer wieder zum Schweigen verdonnerte. Mit einer expansiven Finanzpolitik stemmte er sich gegen dogmatische Auflagen des Internationalen Währungsfonds (IWF) und begrenzte so die sozialen Schäden im Land.

Seine Kandidatur für den Chefposten bei der WTO erschreckte die Amerikaner deshalb zutiefst. Der Bewerber, der immer mehr Stimmen aus dem Süden hinter sich brachte, war der Clinton-Administration suspekt. Bei der Wahl 1999 kam es zwischen Moore und Supachai zu einem Patt, das die Arbeit der Organisation für Monate lahm legte. Aber Supachai beharrte auf seiner Kandidatur – und erzwang einen denkwürdigen Kompromiss: Die Amtszeit wurde gesplittet; drei Jahre für jeden. Moore ist seit einem Jahr wieder zu Hause und Supachai hat jetzt nach Cancun nicht mal mehr zwei Jahre Zeit, um die Doha-Runde zu Ende zu bringen.

Im mexikanischen Cancun müssen sich die 146 Staaten derzeit allerdings noch erheblich zusammenraufen, damit in Genf dann mit Aussicht auf Erfolg weiterverhand-

delt werden kann. Die Entwicklungsländer wollen vor allem erreichen, dass die Industriestaaten die Subventionen für ihre Bauern herunterfahren. Nur dann sind sie bereit, über Themen wie allgemeine Zollsenkungen oder ein weltweites Investitionsabkommen zu diskutieren. Supachai betätigt sich in Cancun als Moderator, der die widerstrebbenden Interessen ausgleichen muss. Macht hat er keine, deshalb helfen Machtworte auch wenig. Der WTO-Generaldirektor kann lediglich Vorschläge machen, die dann im Konsens durch alle 146 Mitglieder angenommen werden müssen. Seine Vorschläge definieren freien Handel als Motor für weitere Entwicklung in armen Ländern. Für dieses klare Bekenntnis wird er von Kritikern und militanten Demonstranten lauthals gescholten. Vielfach zu Unrecht. Denn Supachai wird auch in Cancun nicht müde, sich gleichzeitig dafür einzusetzen, dass den Entwicklungsländern bei der Marktliberalisierung erträgliche Übergangszeiten eingeräumt werden. Supachai kämpft für freie Märkte mit menschlichem Anitz und nimmt dafür das lautstarke Getöse seiner Kritiker in Kauf.

DEBATTE

Von Estland lernen ...

... heißt siegen lernen: Das EU-Beitrittsland zeigt, wie liberale Wirtschaftsreformen wirken

VON TASSO ENZWEILER

Reformen sind eigentlich ganz einfach. „Wir haben das Buch von Milton Friedman ins Estnische übersetzt und danach die Reformen eingeleitet und durchgeführt“, sagte der Ministerpräsident von Estland, Mart Laar, kürzlich. Der Wandel begann 1991; es war der Beginn eines eindrucksvollen Transformationsprozesses in einem Land, das im kommenden Jahr der Europäischen Union beitreten wird.

Das liberale Gedankengut Friedmans prägte alle Phasen des Umbaus in Estland. In kaum einem anderen Staat war die Deregulierung der Wirtschaft so radikal, war die Geld- und Fiskalpolitik so stringent, war die Privatisierung in so kurzer Zeit so erfolgreich. Seit acht Jahren verzeichnet Estland beeindruckende Wachstumsraten. 1997 etwa stieg das Bruttoinlandsprodukt um 10,4 Prozent; im vergangenen Jahr waren es immerhin noch 4,5 Prozent.

Ein Herzstück des estnischen Reformprozesses ist das neue Steuergesetz, das am 1. Januar 2000 in Kraft trat. Grundlage war ein simpler und dennoch innovativer Gedanke: Nur natürliche Personen können ein steuerpflichtiges Einkommen erzielen – juristische Personen, also vor allem Unternehmen, nicht. Die Unternehmensgewinne werden erst dann zu Einkommen, wenn sie wieder an natürliche Personen ausgeschüttet

werden. Im Gegensatz zur traditionellen Körperschaftsteuer, die den Gewinn zum Zeitpunkt der Entstehung besteuert, werden im estnischen Steuerrecht Unternehmensgewinne, die von den Firmen erneut investiert werden, von der Besteuerung verschont. Die Investitionsneigung der Unternehmen soll so gestärkt, die Rahmenbedingungen für ein kontinuierliches Wachstum geschaffen werden.

Die ersten Erfahrungen mit dem neuen Steuerrecht sind außerordentlich positiv. Nach einer Befragung der Estnischen Industrie- und Handelskammer wurden bereits im Jahr 2000, dem ersten Jahr der Steuerreform, rund 82 Prozent der Investitionen aus Eigenmitteln finanziert. 1999 waren es 75 Prozent gewesen.

Sicher: Die Steuerfreistellung reinvestierter Gewinne ist auf ein Transformationsland, das vom sozialistischen zum marktwirtschaftlichen System gewechselt hat, weit gehend zugeschnitten. Denn das Tempo des wirtschaftlichen Aufholprozesses wird vor allem von den Investitionen bestimmt. Für reifere Volkswirtschaften wie die deutsche hat die steuerliche Förderung der Gewinthesaurierung eine geringere Priorität – doch auch in Deutschland ist die Eigenkapitalbasis vor allem der kleinen und mittleren Unternehmen immer noch eindeutig zu niedrig.

Estland erhebt nur wenige Steuern; die Mehrwertsteuer mit einem

Satz von 18 Prozent und die direkten Steuern auf den Faktor Arbeit erbringen allein rund 85 Prozent des Steueraufkommens. Auf alle Einkommen wird ein Steuersatz von nur 26 Prozent erhoben. Geringverdienende werden durch einen Freibetrag zusätzlich entlastet. Ermöglicht wurde der einheitliche Steuersatz von 26 Prozent durch eine radikale Vereinfachung des Steuerrechts. „Allein die jährlichen Steueränderungen in Deutschland benötigen mehr Seiten Papier als das gesamte kommentierte Steuerrecht von Estland“, stellte der Präsident der Taxpayers Association of Europe, Ralf von Hohenau, bei der Verleihung des Steuerzahlerpreises 2000 an den estnischen Ministerpräsidenten fest.

Die Esten erweisen sich nicht nur in Sachen Steuerreform als marktwirtschaftliche Musterschüler; auch auf der Ausgabe Seite gehen sie mit gutem Beispiel voran. So wird für das kommende Jahr eine Staatsquote von 34 Prozent angestrebt; Deutschland kommt derzeit auf 49 Prozent. Subventionen werden in Estland lediglich an den Verkehrssektor vergeben und machen weniger als ein halbes Prozent des Bruttoinlandsproduktes aus. Die Ausgaben disziplin der estnischen Regierung hängt maßgeblich damit zusammen, dass der Gier der Politiker ein institutioneller Riegel vorgeschoben wurde: Die estnische Verfassung schreibt nämlich einen ausgeglichenen

Haushalt ausdrücklich vor. Natürlich lässt sich der Reformprozess in Estland nicht eins zu eins auf Deutschland übertragen. Der Ostseestaat hat lediglich anderthalb Millionen Einwohner und gerade einmal die Größe Niedersachsens. Dennoch ist der deutsche Politik ein Blick nach Estland anzuraten. Ein einfaches, transparentes Steuersystem mit niedrigen Steuersätzen, ein ausgeglichener Haushalt, niedrige Staatsausgaben, kaum Subventionen – das sind Reformkonzepte, die auch Deutschland massiv weiterhelfen würden. Die internationalen Investoren danken es jedenfalls, wenn eine Regierung durch ein marktwirtschaftliches Konzept die Rahmenbedingungen verbessert. In Estland stiegen die ausländischen Direktinvestitionen im Jahr 2001, ein Jahr nach der Steuerreform, um 42 Prozent auf rund 600 Millionen Euro.

Und noch etwas können die deutschen Politiker von ihren Kollegen im Baltikum lernen: Es zählt sich aus, wenn man die Empfehlungen der Wirtschaftsexperten ernst nimmt. Zahlreiche wissenschaftliche Beratergremien, vom Sachverständigenrat bis zur OECD, raten der Bundesregierung seit Jahren, einen consequenten marktwirtschaftlichen Reformkurs einzuschlagen.

Tasso Enzweiler ist Geschäftsführer der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft.

MOTTO DES TAGES

Der Bayer hat ein irdisches Verhältnis zur Religion und ein mystisches zum Bier.

Johann Baptist Metz (geboren 1928), katholischer Theologe

LESERBRIEFE

Helmut Kohl spricht mit gespaltener Zunge

Zu: „Sie mussten es nicht tun“; WELT vom 13. September

Die Aufforderung von Herrn Kohl, die Namen von ehemaligen Stasi-Mitarbeitern zu veröffentlichen, empfinde ich als großen Hohn. Herr Kohl spricht mit gespaltener Zunge. Wartet nicht die Öffentlichkeit noch auf die Veröffentlichung der Namen seiner Spender? Hier hüllt er sich in Schweigen.

Helmut Wittiger, 97252 Frickenhausen

Synagogen und andere Kirchen. Die Liste ließe sich verlängern, sie hier auszuklammern ist fatal.

Günther Bothe, 38518 Gifhorn

Die Ärmsten der Armen haben keine Chance

Zu: „Undank ist der Retter Lohn“; WELT vom 12. September

So sehr Ulrich Weinzierl insgesamt auch Recht haben mag, der letzte Satz geht an der Wirklichkeit weit vorbei. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes zahlt Deutschland an 2,715 Millionen Asylanten/Asylbewerber 23,942 Milliarden Euro Sozialhilfe pro Jahr (Stand 8.9.2003). Herzlos ist man hier zu Lande insofern sicher nicht. Das Problem ist nur, dass man häufig den Falschen hilft. Zu uns kommen überwiegend jüngere Leute, die entweder in der Lage sind, die Flucht aus ihren Heimatländern selbst zu organisieren oder das Geld haben, die Schlepper zu bezahlen. Die Ärmsten der Armen, die Kranken und die hungernden Kinder haben keine Chance.

Wolfgang Hoffmann, 74731 Walldüren

Bundesarbeitsgericht hielt Politikern den Rücken frei

Zu: „Krankenhäuser müssen 15 000 Ärzte einstellen“; WELT vom 10. September

Die Politiker, die jetzt behaupten, die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs hätten sie geradezu herbeigeseht, lügen. Haben doch die Politiker, mit denen von ihnen beschlossenen Gesetzen bewirkt, dass der ärztliche Bereitschaftsdienst als Ruhezeit berechnet wurde. Und das rechtswidrig. Und das nach Parteienproporz besetzte Bundesarbeitsgericht hatte mit seiner Rückweisung der Klage des Kieler Arztes den Politikern und Kassen den Rücken freigehalten.

Dr. Friedhelm Polit, 74869 Schwarzbach

Einmischung des Staates ist doch Willkür

Zu: „Willkür bei der Familienförderung“; WELT vom 11. September

Die WELT antwortete einem Leser, die Nichtzwangsversicherten (kinderlose wie kinderreiche) subventionierten über die Steuern die Zwangsversicherten (kinderlose wie kinderreiche). Aber es bleibt die Frage, warum sich der Staat bei den Zwangsversicherten einmischt, nicht aber bei den Nichtzwangsversicherten. Das ist doch Willkür.

Kurt Voll, 60529 Frankfurt

Offene Gesellschaft Schwedens ist vorbildlich

Zu: „Mord in Stockholm – Der Kommentar“; WELT vom 12. September

Es bleibt zu hoffen, dass sich die Schweden nach dieser schrecklichen Untat nicht dazu hinreißten lassen, vom Weg der „offenen Gesellschaft“ abzuweichen. Die gewählten Politiker repräsentieren doch genau diejenigen, denen es in Schweden noch möglich ist, mit ihren Politikern sogar auf der Straße zu sprechen: nämlich das Volk. Uns in Deutschland ist diese Möglichkeit leider in den meisten Fällen genommen, so dass die Politiker selbst auch scheinbar den Bezug zu unseren tatsächlichen Problemen verloren haben.

Dr. Hans-Georg Kok, 49152 Bad Essen

Erinnerung an Gewalt von Rechtsextremisten

Zu: „Terror von rechts – Der Kommentar“; WELT vom 13. September

Der Kommentator irrt, wenn er nur auf die RAF und den Islam abstellt. Unvergessen sind die grausamen Taten des Rechtsterrorismus wie das Oktoberfestattentat in München, das Anzünden eines Hauses mit Ausländern in Rostock-Lichtenhagen und viele andere mehr, die Attentate auf

Die verfolgten Juden fanden in Europa kaum Asyl vor der mörderischen Treibjagd der Nazis. Diese Situation ist nicht zu vergleichen mit der angeblich „herzlosen Asylpolitik“, die heute in Europa jedem politisch Verfolgten das Recht auf Asyl zugesteht. Der Vergleich ist schon deshalb abwegig, weil sich unter den Moslems heute die schlimmsten Antisemiten beziehungsweise antijudaistischen Elemente befinden, die für den Großteil der antijudaistischen Anschläge sowie den gesamten Terror gegen Israel verantwortlich sind. Der Schutz der Islamisten durch die deutsche Justiz und gegen die bedrohten Israelis kommt wahrlich von Herzen. Das deutsche Herz schlägt immer noch für die erklärten Judenfeinde.

Regine Richter, 47533 Kleve

Hamas sammelt Spenden in Deutschland

Zu: „An Arafat zerbricht der Frieden“; WELT vom 12. September

Ob die Vereinten Nationen oder die EU glaubwürdig in der Bekämpfung palästinensischen Terrors wären, darf bezweifelt werden; erst auf Drängen der USA hin war die zögerliche EU bereit, die vernichtungantisemitische Hamas auf die Liste der Terrororganisationen zu setzen. Noch ist

Leserbriefe geben die Meinung unserer Leser wieder, nicht die der Redaktion. Wir freuen uns über jede Zuschrift, müssen uns aber das Recht zur Kürzung vorbehalten. Aufgrund der sehr großen Zahl von Leserbriefen, die bei uns eingehen, sind wir nicht in der Lage, jede einzelne Zuschrift zu beantworten.

Dr. Arne W. G. Zoepf betreut als Redakteur die Leserbriefe. Er ist Ansprechpartner für unsere Leser und Mittelsmann zwischen Lesern und Redaktion.

Die Anschrift lautet: DIE WELT, Brieffach 2410 10888 Berlin, Fax: (030) 25 91 - 716 08 E-Mail: forum@welt.de

BRIEFWECHSEL

Leser schreiben – die Zeitung antwortet

Schützen Sie das Opfer und nicht die Täter!

Zu: „Surfen auf der Promibuch-Welle“; WELT vom 9. November

Ich bin völlig entsetzt. Wie weit ist es mit der moralischen Verantwortung bei den Journalisten her? Hier meine Fragen:

– Muss einer wie Daniel Küblböck als Dritter von 10 000 Bewerbern wirklich als Verlierer bezeichnet werden?

– Ist jemand, der seine schmerzvolle Kindheit mit 17 beziehungsweise 18 Jahren versucht zu verarbeiten und anderen Jugendlichen, die ein ähnliches Schicksal haben, Mut gibt, zusammen mit Verona oder Effenberg zu erwähnen?

– Werden Eltern, die ihre Kinder misshandeln und missbrauchen, immer noch von seriösen Zeitungen geschützt und die Opfer – also die geschlagenen Kinder – kritisiert?

– Meine Hochachtung für jeden, der diese verlogenen Elternhäuser anprangert und mit seinem Engagement hilft, diese Missstände zu beschreiben. Es wird ihnen nicht entgangen sein, dass 15 Mal

umzuziehen, einen Neonazi-Bruder zu haben, der einen grün und blau schlägt, dass Alkoholiker als Eltern oder die mindestens sieben Mal verheiratete Mutter eine schwere Belastung für noch so starke und normale Kinder sein können. Schützen Sie das Opfer und nicht die Täter, und nehmen Sie Ihre gesellschaftliche Verantwortung ernst!

Judit Hontvari, 81371 München

Die Antwort

Keine Zeitung käme wohl ernsthaft auf die Idee, Eltern, die ihre Kinder misshandeln, zu schützen. Und selbstverständlich ist es richtig, Misshandlungen öffentlich zu machen. Das haben wir getan und werden es auch in Zukunft tun. Die Frage ist nur, in welcher Form das geschieht. Daniel Küblböck hat die Form der Autobiografie gewählt und den Vorabdruck von Auszügen in einer Boulevardzeitung. Die Folgen dürften auch Herrn Küblböck oder zumindest seinen Beratern bekannt gewesen sein. Die Mutter wehrt sich öffentlich. Intimste Details aus dem Pri-

vateleben gelangen an die Öffentlichkeit. Ich glaube nicht, dass diese Art der Vergangenheitsbewältigung irgendeinem etwas nützt, außer denen, die daran verdienen. Wenn Herr Küblböck Gutes tun möchte, könnte er doch seine Prominenz in den Dienst von Vereinen stellen, die sich um misshandelte Kinder kümmern. Was die Frage nach dem Verlierer betrifft: Sie haben Recht, kein Mensch ist ein „Verlierer auf der ganzen Linie“, nur weil er nicht als Erstplatzierter aus einer Castingshow hervorgeht. Das hat auch niemand behauptet. Daniel Küblböck hat sich freiwillig dem „Superstar“-Contest gestellt und ist weit gekommen. Gewonnen aber hat er nicht. Insofern ist Daniel Küblböck im Wortsinn „Superstar“-Verlierer. Warum Sie ein Problem damit haben, dass Herr Küblböck im Kontext mit Herrn Effenberg und Frau Feldbusch genannt wird, kann ich nicht nachvollziehen. In ihrem Beruf haben auch die beiden Letztgenannten einiges erreicht und müssen den Vergleich mit Herrn Küblböck wohl kaum scheuen.

Christine Hoffmann

Abonnementspreis in Deutschland monatlich 28,00 Euro; Versandzusatzkosten im Ausland: Europa 14,50 Euro; weltweit 71,75 Euro. ISSN 0173-8437. DIE WELT (USPS No. 0603-590) is published Daily except Sundays and Holidays by Axel Springer AG. Subscription price for the USA is \$ 520 per annum. K. O. P.: German Language Pub., 153 South Dean Street, Englewood NJ 07631. Periodicals postage is paid at Englewood NJ 07631 and additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GLP, 1 PO Box 9868, Englewood NJ 07631. Anzeigenpreisliste Nr. 81, gültig ab 1. 10. 2002. e-Mail: anzeigen@welt.de - Internet: http://www.welt.de - Fax: 040/34724521. Amtliches Publikationsorgan aller deutschen Wertpapierbörsen. Keine Gewähr für unveröffentlichte Kursnotierungen. Für unverlangt eingesandenes Material keine Gewähr. Fax Redaktion: 030/259171606